



PRÄSIDIUM

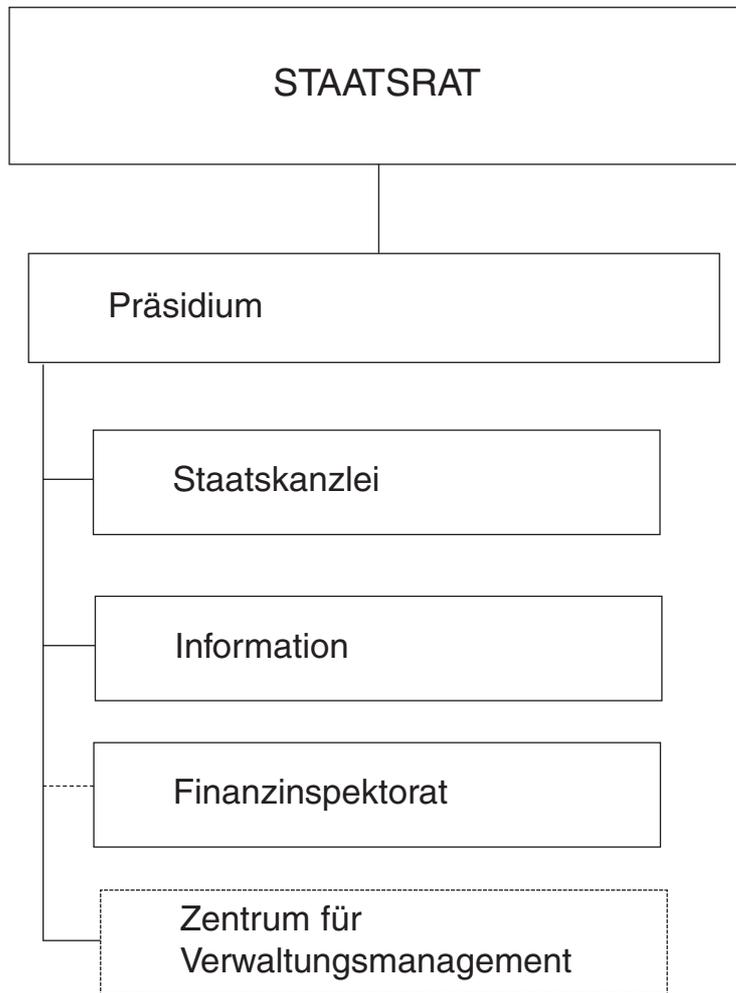
VERWALTUNGSBERICHT 2004



Jean-René Fournier
Staatsratspräsident



Henri v. Roten
Staatskanzler



STAATSKANZLEI

Allgemeine Verwaltung

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Staatskanzlei	17.30
Information	4.00
Finanzinspektorat	16.00
Zentrum für Verwaltungsmanagement	7.00
Total	44.30

Parlamentarische Vorstösse

Motionen

- 6.051 Motion der DC-Gruppe Unterwallis, durch die Herren Grossräte Nicolas Voide (Suppl.), Daniel Mayor und Maurice Tornay, betreffend Beziehungen zwischen den Räten (03.06.2003)

Motion in Form eines Postulats in der Februarsession 2004 angenommen

Mit diesem Vorstoss wird der Staatsrat aufgefordert, den Grossen Rat mittels eines Spezialberichts umgehend über Gerichtsurteile zu informieren, die einen Verwaltungsentscheid wegen fehlender Gesetzesgrundlagen annullieren. Zudem soll der Staatsrat unverzüglich einen Zeitplan für die Behebung der Mängel des Rechtssystems vorschlagen. In der Entwicklung vom 15. Januar 2004 wurde diese Forderung, die auf eine ausreichende Öffentlichkeit des Gerichtsurteils abzielt, bestätigt.

- 6.053 Dringliche Motion der CSPO-Fraktion, durch Hrn. Grossrat Fredy Huber, betreffend Einführung einer PUK für die Lehrpensionskasse (06.04.2004)

Motion in der Aprilsession 2004 angenommen

- 6.054 Dringliche Motion der sozialistischen Gruppe Unterwallis, durch Hrn. Grossrat Patrick Crettenand, betreffend Finanzdebakel bei der RVKL: Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) (06.04.2004)

Motion angenommen

- 6.055 Dringliche Motion der SPO-Fraktion, durch Hrn. Grossrat German Eyer und die Grossrätinnen Susanne Hugo-Lötscher, Emmy Fux-Summermatter und Christine Kuster (Suppl.), betreffend die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) im Zusammenhang mit dem Debakel rund um die Lehrer-Pensionskasse (06.04.2004)

Motion in der Aprilsession 2004 angenommen

Diese drei am 6. April hinterlegten parlamentarischen Vorstösse werfen eine Reihe von Fragen auf und fordern vom Staatsrat die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) in der Angelegenheit: Ruhegehalts- und Vorsorgekasse des Lehrpersonals des Kantons Wallis (RVKL).

Postulate

- 6.060 Postulat von Hrn. Grossrat Thomas Lehner (CVPO) betreffend Vernehmlassungsergebnisse (09.06.2004)

Postulat in der Novembersession 2004 angenommen

Mit diesem Postulat wird der Staatsrat aufgefordert, sämtliche Vernehmlassungsteilnehmer über die Auswertung der einzelnen Vernehmlassungen zu informieren, um so auch in Zukunft eine breit abgestützte Vernehmlassung zu

garantieren. Anlässlich der Entwicklung vom vergangenen 15. Oktober hat der Grosse Rat diesem Postulat - trotz des Gebots zur Vermeidung neuer Kosten für nicht grundlegende Aufgaben - seine provisorische Unterstützung gewährt.

Beziehungen zwischen Bund und Kanton

Im Laufe des Jahres 2004 hat der Staatsrat 72-mal in verschiedenen Vernehmlassungsverfahren des Bundes Stellung genommen; diese Antworten werden an unsere Vertreter in den eidgenössischen Räten übermittelt und können auch auf der Internetseite des Staates Wallis (www.vs.ch) konsultiert werden. Der Staatsrat hat zudem mehrmals beim Bundesrat zugunsten der Walliser Wirtschaft interveniert.

Beziehungen zwischen dem Wallis und den übrigen Kantonen

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist im Laufe des Jahres 2004 viermal zu einer ordentlichen Plenarversammlung zusammengetreten und zwar am 12. März, 18. Juni, 1. Oktober und 10. Dezember. Zudem fand am 17. September eine ausserordentliche Plenarversammlung statt, die den neuen bilateralen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union gewidmet war. Der Staatsrat war an jeder dieser Versammlungen durch eines seiner Mitglieder vertreten. Im Rahmen dieser Sitzungen wurden namentlich folgende Themen behandelt:

- Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket 2001 des Bundes
- Entlastungsprogramm 2003 des Bundes
- Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank (SNB)
- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben
- Neue bilaterale Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU
- Änderung des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt

Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen (KWK)

Die Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen trat im Jahre 2004 ebenfalls zu vier ordentlichen Sitzungen zusammen und zwar am 5. März, 4. Juni, 16. September und 26. November. Am 24. Mai kamen die KWK und der Espace Mittelland in Neuenburg zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Staatsrat war an jeder dieser Sitzungen durch eines seiner Mitglieder vertreten. Im Laufe dieser Sitzungen wurden namentlich folgende Themen behandelt:

- Annäherung zwischen der KWK und dem Espace Mittelland
- Entlastungsprogramm 2004 des Bundes
- Neue Regionalpolitik (NRP)
- Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank (SNB)
- Eidgenössische Volkszählung 2010
- Europapolitik
- EuRefKa
- Finanzpolitische Koordination zwischen Bund und Kantonen

Regierungskonferenz der Gebirgskantone

Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone ist im Jahre 2004 zu zwei Plenarversammlungen zusammengetreten und zwar am 17. Mai und am 25. Oktober. Der Staatsrat war an jeder dieser Versammlungen durch eines seiner Mitglieder vertreten. Es ging dabei namentlich um folgende Themen:

- Kompetenznetz «Das Wasser der Alpen»
- Regionalpolitik der Gebirgskantone
- Öffnung des Elektrizitätsmarkts

«Chancellor'in»

Im Jahre 2004 hat die Staatskanzlei die Einführung ihres auf e-DIKS basierenden Qualitätsmanagementsystems fortgesetzt (Definition der Ziele und Verfahren, Dokumentationsmanagement, usw.). Auf dieser Grundlage ist ab 2006 die Anwendung der neuen Grundsätze der «Leistungssteuerung» des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle geplant.

Beziehungen zwischen der Staatskanzlei und dem Parlamentsdienst des Grossen Rates

In enger Zusammenarbeit mit dem Parlamentsdienst des Grossen Rates hat die Staatskanzlei unter anderem die detaillierten Aufstellungen der Geschäfte hinsichtlich der Vorbereitung der monatlichen Sitzungen des Büros des Grossen Rates erstellt sowie die Aufteilung der parlamentarischen Vorstösse hinsichtlich der Vorbereitung der ordentlichen Sessionen des Grossen Rates vorgenommen.

Zudem befasst sich die Staatskanzlei mit der Weiterverfolgung der im Laufe der Legislaturperiode behandelten Botschaften und Gesetzesentwürfe und beteiligt sich aktiv am Projekt zur Informatisierung der parlamentarischen Vorstösse. Es sei an dieser Stelle auf die gute Zusammenarbeit zwischen dem Parlamentsdienst und der Staatskanzlei im Rahmen der Vorbereitung der Sitzungen des Büros hingewiesen.

Protokoll

Im Laufe des Jahres 2004 hat der Staatsrat in den staatlichen Empfangsräumen, auf Schloss Majorie, Schloss St. Maurice, Schloss Mercier, in der Villa de Riedmatten und in verschiedenen staatlichen Einrichtungen zahlreiche Persönlichkeiten empfangen, u.a.:

- den japanischen Generalkonsul, Hrn. Shigeru Endo
- den Botschafter der Französischen Republik, Hrn. Jacques Rummelhardt
- den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Hrn. Frank Elbe
- den kanadischen Botschafter, Hrn. Jean-Paul Hubert
- den mexikanischen Botschafter, Hrn. José Luis Bernal Rodriguez.

Dieses Jahr hat der Staatsrat am 16. und 17. Juni die Mitglieder der Luzerner Regierung empfangen und hat sich seinerseits am 29. und 30. September zu einem offiziellen Besuch in den Kanton Uri begeben.

Verschiedenes

Am 12. Januar überbrachte der Staatsrat den Walliser Behörden im Supersaxosaal seine Neujahrswünsche.

Im Rahmen von zwei Feierlichkeiten in den Monaten Mai und November nahm er die Vereidigung von 405 Neubürgerinnen und Neubürgern vor.

Ausserdem vereidigte er zwei neue Notare.

Viermal traf sich der Staatsrat mit den Walliser Bundesparlamentariern, dreimal in Bern und einmal in Siders.

Am 24. September verlieh er den Rünzi-Preis an Marius Robyr, Kommandant der „Patrouille des Glaciers“, als Anerkennung dafür, dass er diesem hochalpinen Wettkampf einen soliden militärischen und zivilen Hintergrund verschafft und ihm mit einem gesunden Kampfgeist zu internationalem Renommee verholfen und damit wesentlich zum positiven Bild des Wallis im Herzen der Alpen beigetragen hat.

Im Laufe des Jahres hatte unsere Regierung die Ehre und das Vergnügen, 14 Personen zu ihrem hundertsten Geburtstag ein Geschenk überreichen zu dürfen:

- Frau Marie-Julie Gabbud, Lourtier
- Frau Emma Spahr, Sitten
- Frau Augusta Bender, Fully
- Frau Alice Clavien, Siders
- Frau Veronika Imhof-Schmidhalter, Naters
- Frau Jeanne Giovanola, Monthey
- Frau Julia Bagnoud, Siders
- Frau Louise Tamini, Riddes
- Frau Fridoline Monnet, Isérables
- Frau Adèle Martenet, Choëx
- Frau Antoinette Vuadens, Vouvry
- Frau Joséphine Antonelli, Sitten
- Frau Angèle Mugnier, Ardon
- Frau Lina Perroud, Monthey

Der Staatskanzler führte zweimal den Vorsitz der Koordinatorenkonferenz und zwar im Mai und im Dezember.

Die Staatskanzlei hat zwei Racletteessen im Grand-Brûlé in Leytron organisiert:

- mit den ständigen Kommissionen des Grossen Rates, am 11. November
- mit den Gerichts- und Kirchenbehörden, am 17. November.

Sie zeichnete auch für die Organisation der Sitzung der Dienstchefs vom 29. November verantwortlich.

Der Weibeldienst hat für den Staatsrat über 100'000 km zurückgelegt.



Empfang des mexikanischen Botschafters, José Luis Bernal Rodriguez, durch Staatsrat Jean-René Fournier

Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten

Sekretariat

Im Laufe des Jahres 2004 wurde die Staatskanzlei insbesondere mit folgenden Aufgaben betraut:

- 8. Ausgabe des Telefonbuchs des Staates Wallis
- Weiterleitung und Behandlung von 2'513 an den Staatsrat gerichteten Schreiben
- Vorbereitung von 53 Staatsratssitzungen
- Abfassung des Protokolls der Staatsratssitzungen, was insgesamt 5'863 nummerierte Entscheide ausmacht
- Zirkulation von 172 Dossiers unter den Mitgliedern des Staatsrates
- Beglaubigung von 2'043 Dokumenten
- 891 Rechtskraftbescheinigungen von verschiedenen Verfügungen sowie die Rechnungsführung
- Vorbereitung und Druck des Verwaltungsberichts sowie des strategischen Berichts (Umsetzung der Richtlinien der Regierungspolitik 2002-2005)
- Veröffentlichung von 459 Arbeitsvergaben des Staatsrates im Amtsblatt.

Veröffentlichung kantonaler Erlasse

Die Ausgabe 2003 der Gesetzessammlung (326 Seiten) wie auch die 2. Lieferung der Aktualisierung der SGS (rund 670 Seiten) konnten erst im Juli verteilt werden. Die Gesetzesänderungen im Jahr 2004 waren derart zahlreich, dass sich eine baldige Aktualisierung aufdrängt.

Verwaltungsbeschwerden

Die Beschwerdestatistik zeigt eine deutliche Zunahme bei den eingegangenen Beschwerden. Dank der zur Verfügung stehenden Ressourcen und der Hilfe von Praktikanten (2 Personen für eine Dauer zwischen einem und vier Monaten) war es möglich, die Zahl der erledigten Fälle im Vergleich zum Vorjahr beizubehalten. Die Staatskanzlei hat zu zahlreichen gesetzgeberischen Entwürfen ihre Meinung abgegeben und hat bei departementsübergreifenden Angelegenheiten sowie bei fünf Disziplinarfällen mitgearbeitet.

Aufteilung der Beschwerden nach Sachgebiet im Jahre 2004

Inстанz	Übertrag 2003	Eingänge 2004	Total	Erledigt (StrE)	Abgeschr.	Erledigt Total	Übertrag 2005
DFLA	9	12	21	11	1	12	9
DVIS	91	39	336	15	6	21	120
<i>Strassenverkehr</i>		105		33	70	103	
<i>Ausländer</i>		101		76	16	92	
DGSE	76	13	89	11	3	14	75
DEKS	11	21	32	16	11	27	5
DVBU	44	29	73	23	5	28	45
KBK (Bauten)	106	97	203	52	30	82	121
TOTAL 2004	337	417	754	237*	142	379	375
(Total 2003)	(417)	(335)	(752)	(239)**	(176)	(415)	(337)

Beschwerden vor den Gerichten 2004 : KG 60 Eingänge, BG 7 Eingänge
 2003 : KG 63 Eingänge, BG 9 Eingänge

N. B.: * Von den 237 im Jahre 2004 mittels StrE erledigten Beschwerden wurden 19 gutgeheissen, also 8%
 ** Von den 239 im Jahre 2003 mittels StrE erledigten Beschwerden wurden 31 gutgeheissen, also 13%



Empfang des Botschafters der Französischen Republik, Jacques Rummelhardt, durch die Staatsräte Jean-René Fournier und Jean-Jacques Rey-Bellet

INFORMATION

Information der Medien

Die durch den Informationschef geschaffene und seit zwei Legislaturperioden bestehende Kommunikationsstruktur bietet heute Gewähr für eine professionelle und bedarfsgerechte Information sowohl der inner- als auch der ausserkantonalen Medien. Das Informationsvolumen zuhanden der Medien hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Überdies wurden den Journalisten der Presseagenturen, der Printmedien sowie der Radio- und Fernsehanstalten im Rahmen von rund 30 Medienkonferenzen und -orientierungen im Jahre 2004 etwa 300 Dokumente auf Französisch und auf Deutsch (3'500 Seiten) ausgehändigt.

Die gleichzeitige Veröffentlichung dieser Informationen und Publikationen auf der Internetseite des Staates <http://www.vs.ch> trägt zu einer transparenten und unmittelbaren Information der Öffentlichkeit über die Staatstätigkeit bei.

Wie üblich wurden die Resultate der drei eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Februar, 16. Mai und 28. November sofort nach deren Eingang an die Medien weitergeleitet.

Übrige Aktivitäten im Kommunikationsbereich

Unter den übrigen Aktivitäten gilt es insbesondere die Vorbereitung verschiedener Antworten auf parlamentarische Vorstösse zuhanden der Regierung sowie mehrere Stellungnahmen im Rahmen von eidgenössischen Vernehmlassungen zu nennen. Bei diesen Vernehmlassungen ging es namentlich um die Konzessionen für die Lokalmedien, die UKW-Radiolandschaft in der Schweiz und die Erneuerung der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über das Internetportal www.ch.ch für den Zeitraum 2005 bis 2008.

Zudem gilt es die Organisation des Treffens zwischen dem Staatsrat und den Verantwortlichen der *Société de Radio-Télévision Suisse romande* (RTSR) zu nennen. Dieses Treffen bot dem Staatsrat die Gelegenheit, auf die Notwendigkeit einer umfassenden Berichterstattung über das Olympische Winterfestival der Europäischen Jugend (EYOF) 2005 in Monthey und Champéry hinzuweisen. Eine Berichterstattung, die ursprünglich von diesen beiden Medien nicht vorgesehen war. Der Informationschef des Staates Wallis hat auch regelmässig an den Tagungen des Programmrats der RTSR sowie an jenen der Schweizerischen Informations-Konferenz öffentlicher Verwaltungen, die er seit rund zehn Jahren präsidiert und in der sämtliche Informationsverantwortlichen des Bundes, der Kantone und der grossen Städte vertreten sind, teilgenommen.

Internetseite des Staates

Sowohl die Konsolidierung als auch die modulare Entwicklung der Internetseite des Staates www.vs.ch wurden vorangetrieben, um die Qualität, die Attraktivität und die Benutzerfreundlichkeit dieses Massenkommunikationsmittels schlechthin zu verbessern. Dies trotz sehr bescheidener personeller Mittel, welche für die vielfältigen und komplexen Aufgaben des Webmasters zur Verfügung stehen. Neben den Vorbereitungsarbeiten für die Wahlen 2005 (nachstehend beschrieben) prüfte, entwickelte oder begleitete der Webmaster während des letzten Jahres rund 15 Internetprojekte für verschiedene Verwaltungseinheiten. Gleichzeitig wurden rund 20 für die Internetverwaltung in ihren Dienststellen verantwortliche Personen entsprechend geschult.

Im Übrigen wurde ein neues grafisches Erscheinungsbild für die Internetseite erarbeitet. Dieses neue Erscheinungsbild wie auch das kantonale Intranet - das erneut aufgrund mangelnder Ressourcen und des Arbeitsaufwands für die kantonalen Wahlen 2005 verschoben werden musste - werden nächstes Jahr aufgeschaltet.

Vorbereitung der kantonalen Wahlen auf dem Internet

Nach der erfolgreichen Abdeckung der eidgenössischen Wahlen 2003 - namentlich mit der Einrichtung des neuen Medienzentrums in Sitten - ging es darum, die damals entwickelten Internetmodule für die Grossrats- und Staatsratswahlen vom März 2005 zu nutzen. Mit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen über die politischen Rechte am 1. Januar 2005 war der Weg frei für eine Informatisierung der Abstimmungs- und Wahlabläufe bei den Gemeinden und beim Kanton.

Im Auftrag des Staatsrates nahm der Informationschef also im Sommer 2004 die Vorbereitung der elektronischen Verarbeitung der Grossratswahlen 2005 in Angriff. Es geht dabei im Wesentlichen um die Erfassung der Resultate der Grossratswahlen durch die Gemeinden mit Hilfe der Webtechnologie und deren Übermittlung auf die Server der Internetseite des Staates Wallis hinsichtlich ihrer Verarbeitung und Anzeige auf dem öffentlichen Netz.

Die Konzipierung und Realisierung dieses gross angelegten Projekts erforderte bedeutende personelle Ressourcen, die weitgehend intern rekrutiert wurden. Dank der Verwendung der Basismodule, die für die Wahlen 2003 entwickelt worden waren, konnten die Kosten für externe Spezialisten auf ein absolutes Minimum reduziert werden.

In enger Zusammenarbeit mit der Dienststelle für innere Angelegenheiten und der Dienststelle für Datenverarbeitung wurden mit sämtlichen Gemeinden des Kantons auch zwei Tests «unter Realbedingungen» durchgeführt. Überdies wurden die Informatikstrukturen und die verschiedenen Anwendungsprozesse an die neuen Bedürfnisse angepasst. Es wurden also alle nötigen Massnahmen ergriffen, um einen reibungslosen Ablauf der kommenden kantonalen Wahlen mit Hilfe der neuen Applikation zu gewährleisten und den Bedürfnissen sowohl der Medien als auch der politischen Parteien und der Öffentlichkeit gerecht zu werden.

Vorentwurf des GIDOK

In Übereinstimmung mit der festgelegten Planung wurde der Vorentwurf des Gesetzes über die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu Dokumenten (Informationsgesetz - GIDOK) von den 16 Mitgliedern der vom Staatsrat mit diesem Gegenstand betrauten ausserparlamentarischen Kommission unter dem Präsidium von Fernand Mariétan, Präsident von Monthey, einstimmig angenommen. Dieser Vorentwurf, der von Mitte Juli bis Ende September in die Vernehmlassung geschickt wurde, soll auf Wunsch des Staatsrates vom neuen Parlament, das aus den Wahlen 2005 hervorgeht, behandelt werden. Die erste Lesung ist folglich für den kommenden Sommer vorgesehen.

Der von der ausserparlamentarischen Kommission erarbeitete Text umfasst 44 Artikel. Er lässt sich in drei Teile gliedern. Erstens werden im Sinne der Transparenz des Staates Normen übernommen, systematisiert und präzisiert, welche jedem und jeder die Möglichkeit geben, den Sitzungen der gesetzgebenden und richterlichen Behörden beizuwohnen. Zweitens wird im Wesentlichen die gegenwärtige Praxis im Bereich der aktiven Information gesetzlich verankert und gleichzeitig auf alle Behörden des Kantons erweitert. Drittens wird mit dem Vorentwurf für die ganze Staatstätigkeit das Öffentlichkeitsprinzip eingeführt. Dies ist die wichtigste Neuerung, welche das Gesetz mit sich bringt. Laut dem Ministerkomitee des Europarats erlaubt dieses Prinzip der Öffentlichkeit, sich eine kritische Meinung zu bilden über den Stand der Gesellschaft, in der sie lebt, und über die Behörden, die sie regieren, wobei der Miteinbezug und die Aufklärung der Öffentlichkeit bei Geschäften von allgemeinem Interesse gefördert wird.

ZENTRUM FÜR VERWALTUNGSMANAGEMENT

Auftrag des Zentrums für Verwaltungsmanagement

Das Zentrum für Verwaltungsmanagement (ZVM) arbeitet im Auftrag der Regierung. Als strategisches Beratungsorgan nimmt es folgende Aufgaben wahr:

- Vorschläge im Bereich der Reformkonzepte der Staats- und Verwaltungsführung erarbeiten
- die operative Umsetzung der Reformprozesse bei allen beteiligten Partnern begleiten und koordinieren.

Die strategische Leitung des ZVM obliegt der für die Reformen zuständigen Delegation des Staatsrates. Das Zentrum für Verwaltungsmanagement ist seit 2002 ISO / PM 9001 zertifiziert.

Meilensteine des Jahres 2004

Im Bereich der Verwaltungsreformen kann zweifellos der 15. Dezember 2004 als Meilenstein des Jahres 2004 betrachtet werden. An diesem Datum wurde nämlich die Änderung des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle, mit der die «Leistungssteuerung» eingeführt wird, durch den Grossen Rat angenommen. Nach einer mehrjährigen Experimentierphase mit den Piloteinheiten werden nun folgende Grundsätze schrittweise auf sämtliche Dienststellen des Staates Wallis ausgeweitet:

- Identifizierung sämtlicher Leistungen der Verwaltung gemäss dem Grundsatz der Transparenz in Form von Leistungsaufträgen
- Planung der Leistungserbringung und Beurteilung der Auswirkungen und Ergebnisse (Controlling) gemäss dem Grundsatz der Qualität und der Wirksamkeit.

Im Jahr 2004 trat Franz König, der «geistige Vater» der Walliser Reformen, seinen wohlverdienten Ruhestand an. Dank seiner grossen Erfahrung, die er an der Spitze der Finanzverwaltung und des Finanzinspektorates gesammelt hatte und dank seiner vertieften Kenntnis der Funktionsweise der Verwaltung und der Volkswirtschaft, war Franz König in der Lage, den Grundstein für die Verwaltung des 21. Jahrhunderts zu legen und den Kanton Wallis zum ersten Westschweizer und einem der ersten Schweizer Kantone zu machen, der die neuen Verwaltungsgrundsätze flächendeckend anwendet.

Übersicht über die Leistungen des Zentrums für Verwaltungsmanagement im Jahre 2004

Politisches Ziel 1: Entwickeln des Modells und der Instrumente der neuen Staats- und Verwaltungsführung [1.6 Vollzeiteinheiten]

Wie bereits im vergangenen Jahr, hat sich die Entwicklung von neuen Managementsystemen auch 2004 hauptsächlich auf die Informatikplattform e-DIKS (Dokumentations-, Informations- und Kommunikationssystem) konzentriert. Dank der ausgezeichneten Zusammenarbeit mit der Sektion Entwicklung der kantonalen Dienststelle für Datenverarbeitung, bei der ein vom ZVM angestellter Informatiker arbeitet, konnten 2004 mehrere e-DIKS-Module in Betrieb genommen werden. Nach einem ersten Modul «Erstellung der Leistungsstruktur», das den Benutzern im Verlaufe des letzten Quartals 2003 zur Verfügung gestellt wurde, konnten 2004 folgende Module in Betrieb genommen werden: «Personalwirtschaft», «Erstellung der Leistungsaufträge», «Bereichsübergreifende Politik», «Übersetzung» und «Arbeitszeiterfassung». Ende 2004 waren die e-DIKS-Benutzer rund 200 an der Zahl.

Politisches Ziel 2: Experimentelle Umsetzung der Führung über Leistungsaufträge

Reformen auf Regierungsebene [1.7 Vollzeiteinheiten]

Die Unterstützung der Regierung betraf hauptsächlich das Engagement des ZVM im Rahmen der Annahme des FHG II durch den Grossen Rat. Wie bereits in der Vergangenheit unterstützte das ZVM die Regierung konkret im Rahmen verschiedener Spezialmandate. Unter diesen Mandaten gilt es namentlich folgende zu nennen: Definition der Ziele für sämtliche Dienststellen des Staates und deren Erfassung im System e-DIKS, methodologische Unterstützung der mit der Revision des Gesetzes über die Organisation im Falle von Katastrophen und ausserordentlichen Lagen betrauten interdepartementalen Arbeitsgruppe sowie methodologische Unterstützung der mit der Umsetzung der Familien- und der Gleichstellungspolitik betrauten interdepartementalen Arbeitsgruppe.

Reformen auf Departements- und Dienststellenebene [0.8 Vollzeiteinheiten]

Die sechs Piloteinheiten werden weiterhin punktuell im Rahmen der verschiedenen Controllingetappen vom ZVM unterstützt. Im Jahre 2004 wurden die Leistungsaufträge 2005 der Piloteinheiten zum ersten Mal mit dem System e-DIKS vorbereitet und veröffentlicht. Mehrere Dienststellen der Verwaltung - darunter auch die ISO / PM 9001 zertifizierte Dienststelle für tertiäre Bildung - wurden vom ZVM bei der Einführung eines Qualitäts- oder Dokumentationsmanagementsystems unterstützt.

Reformen auf Parlamentsebene [0.9 Vollzeiteinheiten]

Die Unterstützung des Parlaments stellte einen bedeutenden Teil der Tätigkeit des ZVM dar. Insbesondere die Kommission «Strukturelle Massnahmen» kam in den Genuss dieser Unterstützung. Ebenfalls - wenn auch in geringerer Masse - leistete das ZVM einen Beitrag zum parlamentarischen Controlling der Leistungsaufträge und zur Einführung des Systems e-DIKS beim Parlamentsdienst.

Die «internen Leistungen» (Direktion, Qualitätsmanagement, Geschäftsführung und Finanzhaushalt, Ressourcenverwaltung) nahmen 1.5 Vollzeiteinheiten in Anspruch.